

ist aber, daß jene Lohnbewegungen schwerlich friedlich vor sich gehen werden. Manche Anzeichen deuten vielmehr darauf hin, daß eine ganz beträchtliche Kampflust auf diesem Gebiet herrscht. Streit und Aussperrung bedeuten aber Gewinnverlust und Einkommensausfall. Das strahlt überdies von den unmittelbar betroffenen Stellen stets auf die ganze Wirtschaft aus. Man hat also wenig Grund, die Dinge allzu rosig zu betrachten.

Ein sehr beachtliches Warnungszeichen war ja in letzter Zeit auch die Diskonterhöhung der Reichsbank von 6 auf 7 v. H. Welche Belastung das für unsere Wirtschaft bedeutet, braucht keine Erläuterung. Zwar wird bekannt, daß der Börse und der Landwirtschaft, die andernfalls unter der Zinsverteuerung ganz besonders zu leiden hätten, gewisse Erleichterungen gewährt werden. Im ganzen aber muß die Diskonterhöhung doch als Bremse wirken. Nur die Heranziehung von Auslandsgeldern wird dadurch weiter gefördert. Im Gesamtzusammenhang dieser Probleme verdient vielleicht eine Rede besondere Beachtung, die anlässlich der Hauptversammlung der Gesellschaft deutscher Metallhütten und Bergleute das geschäftsführende Präsidialmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie Geheimrat Kastl am 11. September in Halle gehalten hat. Geheimrat Kastl führte nach der »Industrie- und Handelszeitung« unter anderm aus:

Wenn auch nicht alle Teile der deutschen Industrie aus dem englischen Bergarbeiterstreik Nutzen gezogen haben, so wird man sich doch nicht darüber hinwegtäuschen können, daß sich, in der Gesamtheit gesehen, in den letzten zwölf Monaten ein Zustand herausgebildet hat, der uns in jeder Weise mit Freude erfüllen kann; und wir haben die Pflicht, sowohl in unseren persönlichen und betrieblichen Maßnahmen als auch in der allgemeinen Wirtschaftspolitik und Finanzpolitik sowie in den Äußerungen verantwortlicher Wirtschaftsführer es so einzurichten, daß dieser Zustand nicht nur erhalten bleibt, sondern auch gefördert wird. Es ist eine falsche Auffassung, wenn man glaubt, daß die Erwähnung unserer Verschuldung dem Auslande gegenüber schon ein Grund wäre, um hier etwas pessimistisch festzustellen. Jede kapitalistische Wirtschaft muß sich verschulden, wenn die Inlandkapitalbildung der wirtschaftlichen Entwicklung nicht nachgekommen ist, wie jetzt bei uns. Wenn auch ohne weiteres zuzugeben ist, daß eine große Zahl von Krediten falsch verwendet worden ist, so darf das darüber nicht hinwegtäuschen, daß unsere wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahren im wesentlichen auf den ausländischen Krediten basiert und wir auch in Zukunft mit den ausländischen Krediten arbeiten müssen. Unsere Konjunktur ist jetzt eine ausgesprochene Inlandkonjunktur. Der inländische Verbrauch ist in den letzten zwölf Monaten in einer Weise gestiegen, wie die größten Optimisten es vor einhalb bis zwei Jahren nicht erwartet haben. Ist nun in dem starken Ansteigen der Inlandkonjunktur bei nicht in gleichem Maße steigender, ja zum Teil rückgängiger Ausfuhr eine Gefahr zu erblicken? Nach meiner persönlichen Auffassung so lange nicht, als sie nicht Preiserhöhungen auf allen Gebieten zur Folge hat, sodas wir den Anschluß an den Weltmarkt verlieren. Es kommt darauf an, die Preisgestaltung zu beeinflussen und so die überschüssigen Warenerzeugnisse auf den ausländischen Märkten abzusetzen.

Diese Ausführungen beziehen sich im wesentlichen nur auf die Auslandsverschuldung. Nun ist zu beachten, daß andere Verlautbarungen zu verstehen geben, daß unerwünscht sind nur die Kommunalanleihen aller Art im Auslande, und zwar weil sie keine Devisen schaffen. Gegen sie wurde eben die Kontrolle verschärft. Industrieanleihen werden dagegen davon gar nicht betroffen. Sie werden auch durch die Diskonterhöhung direkt gefördert. Daß man andere Teile der Wirtschaft, die davon keinen unmittelbaren Vorteil zu ziehen vermögen, entlasten und schützen will, ist oben schon angedeutet. Das ganze Programm läßt sich also vielleicht dahin zusammenfassen: Förderung der freien Wirtschaft, aber Hemmung der von Sozialisierungstendenzen erfüllten Kommunalwirtschaft. Das Wichtigste bleibt dann im Hinblick aufs Ganze aber eben doch, was oben schon gestreift wurde und Geh.-Rat Kastl am Schluß seiner Ausführungen unterstrich: Preiserhöhungen müssen verhütet werden! Sonst ist die Konjunktur bedroht und die ganze Wirtschaftspolitik, die hier sichtbar wird, aussichtslos. Letzten Endes ist dabei alles auf das Verantwortungsgefühl der Wirtschaft selbst abgestellt. Sie muß ihren wahren Vorteil erkennen und besonnen den rechten Weg innehalten.

Aber die Lage in der Papierindustrie berichtet die »Industrie- und Handelszeitung« in ihrer monatlichen Konjunkturtabelle:

Unveränderte Beschäftigung der Papierindustrie, teilweise Rückgang des Auftragsbestandes in Erwartung des eigentlichen Herbstgeschäftes. Rückgang der Auftragserteilungen aus dem In- und Auslande. Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes für die Gruppe Papierstoff und Papier am 28. September 150,4 wie am 31. August. Unveränderte Verkaufspreise im Inland, starker Preisdruck durch ausländische Konkurrenz. Scheitern von Auslandsgeschäften infolge niedriger Preisgebote aus dem Auslande. — Unmöglichkeit, erhöhte Gesehungskosten durch Preiserhöhungen auszugleichen; Klagen über schleppenden Zahlungseingang.

Im Hinblick auf die hier hervorgehobene scharfe ausländische Konkurrenz verdient die Meldung einige Beachtung, daß vor einigen Tagen in Stockholm eine Tagung der Hersteller von holzfreiem Schreib- und Druckpapier abgehalten worden ist. An der Tagung nahmen Vertreter aus Schweden, Norwegen, Finnland, Deutschland, Österreich, Holland und Belgien teil. Die Tagung war eine Fortsetzung der Konferenzen, die während der letzten Jahre zwischen den Fabrikanten der genannten Länder und der Tschechoslowakei stattgefunden haben. Es wurde hervorgehoben, daß eine Erhöhung des Preisniveaus des Exportmarktes notwendig sei, und auch zum Ausdruck gebracht, daß, da zurzeit eine günstige Absatzkonjunktur herrsche und die Fabriken in allen vertretenen Ländern recht befriedigend beschäftigt seien, eine allgemeine Preiserhöhung durchführbar sein müßte, sofern eine gegenseitige Konkurrenz unterbliebe. Ein Abkommen über die Ausschaltung der Konkurrenz wurde nicht getroffen, doch scheinen sich alle Vertreter darüber einig gewesen zu sein, daß die Möglichkeit zur Herbeiführung einer Preis- konjunktur bestehe. Man hat also vielleicht mit Versuchen einer auf Preiserhöhungen ausgehenden Politik weiter zu rechnen. Das ist nicht neu. Denn schon seit Wochen gibt es Auseinandersetzungen zwischen den Papiererzeugern und den Papierverarbeitern. Dabei geht es um die Preispolitik der den Markt monopolistisch beherrschenden Konzerne, insbesondere um die Preispolitik des Verbandes Deutscher Druckpapierfabriken. Im Verlauf des Kampfes hat Dr. Carbe, der bekannte Berliner Drudereisachmann, den Verband Deutscher Papierfabriken auf seine Gewinne hingewiesen. Der Verband antwortete, daß nur »einige seiner Fabriken eine angemessene Verzinsung des in ihren Betrieben investierten Kapitals herausgewirtschaftet haben«. Das hat Carbe veranlaßt, folgende Fragen an den Verband zu richten:

1. Sind im Jahre 1926 nicht angemessene Gewinne, oder was man so nennt, etwa in Höhe des 3/2fachen Betrages der Stammanlagen (was einer Dividende von 333 Prozent entspricht) ausgeschüttet worden?

2. Ist das Gesellschaftskapital, das zu Beginn des Jahres 1925 nur 922 300 Mark betrug, nicht bis zum 31. März 1927 auf 3 034 200 Mark erhöht und das erhöhte Kapital im wesentlichen an die bisherigen Syndikatsteilhaber ohne Gegenleistung gegeben und diese Operation lediglich im Wege der Umbuchung vollzogen worden?

3. Ist in der gleichen Zeit das Gesellschaftsgebäude in der Victoriastraße (Berlin) nicht aus Gewinnen des Verbandes gekauft und ausgebaut worden?

4. Ist in der Verbandsitzung vom 28. September 1926 nicht beschlossen worden, das Kapital mit einem Betrag von 1 987 200 Mark auf 2 932 200 Mark zu erhöhen und aus den bereiten Mitteln der Gesellschaft einen Reservefonds von 3 Millionen Mark zu schaffen?

Die Fragen sind vielleicht nicht ganz bequem. An sich wird man es den Papierfabrikanten nicht verargen dürfen, wenn sie ihr in der Inflation zusammengeschrumpftes Kapital wieder aufzufüllen bestrebt sind, und kann sie nur beglückwünschen, wenn ihnen das anscheinend bereits so gut gelungen ist. Aber gerade auch vom Standpunkt des Buchhandels, der seine Entwicklung vor dem Kriege zu einem guten Teil mit auf der damals dauernd sinkenden Tendenz der Papierpreise aufzubauen vermocht hat, ist doch hier wieder an das oben allgemein über die Preispolitik Gesagte zu erinnern. Preiserhöhungen drohen überall die Konjunktur totzuschlagen, und zwar für alle Teile.